

Solidarität leben! Nicht nur am 1. Mai!

„Mehr Zeit für Solidarität“ lautet das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für den diesjährigen 1. Mai. Ja, es ist wirklich dringlich – wir brauchen mehr Zeit für mehr Solidarität. Aber das gilt immer und nicht nur am 1. Mai. Für eine Gewerkschaft eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Sie gehört dazu. Sie ist Leitmotiv, Anspruch, Lebenselixier: Solidarität leben. Jeden Tag. Ohne Solidarität ist eine Gesellschaft nicht lebensfähig.

Ja, es ist viel erreicht, wie der DGB meint. Aber leider ist das Erreichte wie schon so oft bedroht. Es muss verteidigt werden. Das geht nicht ohne Solidarität – sie muss eingefordert werden! Leider können wir auch heute nicht beruhigt auf das Erreichte zurückschauen. Zu aktiv sind die rechten Prediger des egoistischen Rechts des Stärkeren. Das zeigen die Angriffe auf die solidarische Finanzierung der Renten- und der Krankenversicherung. Aber auch, wenn von Armut Betroffene und Bedrohte jene beschimpfen und angreifen, die vor Krieg, Verfolgung, Terror, Umweltvernichtung und Elend zu uns fliehen.

Solidarität ist bei den Mächtigen nicht beliebt. Jene, die auf Kosten aller in der Gesellschaft reicher und stärker werden, wollen noch reicher und noch stärker werden. Für die unbegrenzte Gier nach mehr Profit und Reichtum ist Solidarität ein Hindernis.

Solidarität muss gelebt und verteidigt werden. Ohne sie gibt es keine lebenswerte Gesellschaft für alle. Ohne sie gibt es keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle. Ohne sie kann der Kapitalismus nicht beseitigt werden, kann keine sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. Der 1. Mai erinnert daran, dass für mehr Solidarität auch gestritten werden muss. Solidarität ist kein Geschenk. Solidarität muss tagtäglich immer wieder neu erkämpft werden.



Gemeinsam gewinnen!

Beteiligung organisieren, prekäre Beschäftigung überwinden, Durchsetzungsfähigkeit stärken – Erneuerung durch Streik III

Von der Metall- und Elektroindustrie über die Bahn bis zu den Kitas und der Post: Die Streiks des Jahres 2015 stießen auf große Aufmerksamkeit, aber auch auf massiven Widerstand der Arbeitgeber. Das Durchhaltevermögen der Aktiven in diesen – wie in zahlreichen kleineren Konflikten – stimmt hoffnungsfroh. Allerdings zeigt sich auch, mit welcher Härte viele Auseinandersetzungen geführt werden müssen. Um sie zu gewinnen, bedarf es großer Anstrengungen und neuer Strategien. Verhandlungsunwillige Arbeitgeber, Unsicherheit durch prekäre Beschäftigung, Spaltungen und Entsolidarisierungsprozesse, mitbestimmungsfreie Zonen und weiße Flecken, eingeschränkte Möglichkeiten zur Entfaltung ökonomischen Drucks: Angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen werden vielerorts innovative Ansätze gewerkschaftlicher Gegenwehr erprobt. Neue Ansprachen und Kampfformen von Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen, offensive Organisierungprojekte, neue Formen des Warnstreiks und der Beteiligung, Politisierung von Streiks und intensivere Öffentlichkeitsarbeit stärken die Durchsetzungsfähigkeit und können dazu beitragen, die Gewerkschaftspraxis zu erneuern.

Wir wollen auf dieser Konferenz haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsaktive und WissenschaftlerInnen zusammen bringen, diese neuen Erfahrungen auswerten, voneinander lernen und über innovative Strategien, Konfliktformen und Beteiligungsmöglichkeiten diskutieren.

Sei dabei und bring Kolleginnen und Kollegen mit!

Tagung / Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen

Freitag, 30.09.2016 bis Sonntag, 02.10.2016 | ganztägig

Uni Frankfurt, Hörsaalgebäude Campus Bockenheim, Frankfurt/ Main, **Mertonstr. 17-21**

Weitere Infos (z.B. das Eckpunktepapier) unter:

<http://www.rosalux.de/event/54830/gemeinsam-gewinnen.html>

Für betriebliche Aktionen gegen Rassismus und gegen Verschärfung des Asylrechts!

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März ist die rassistische und rechtspopulistische AfD auf Anhieb und mit einem zweistelligen Ergebnis in alle drei Landesparlamente eingezogen – in Sachsen-Anhalt sogar mit 24,2 % – und ist damit nach dem Wahldebakel der SPD dort zweitstärkste Partei! Leider müssen wir feststellen, dass auch viele Kolleginnen und Kollegen den Scheinantworten von AfD und Pegida auf die soziale Krise der Gesellschaft Glauben schenken. So, als ob weniger Flüchtlinge auch weniger Arbeitslosigkeit, mehr Entgelt, höhere Renten usw. bedeuten würde. Als ob die enorm angewachsene Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland sich automatisch schließen würde, wenn weniger Flüchtlinge kommen.

Statt Standort- und Konkurrenz-Denken – Solidarität mit den Flüchtlingen!

Die Tatsache des verstärkten Einbruchs rechtsradikalen Gedankenguts in die ArbeiterInnenbewegung ist erschreckend und muss eine Warnung für uns alle sein. Es spiegelt u.a. auch die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung wider, die keine klare Alternative zur Krise der kapitalistischen Gesellschaft mehr vertritt, sondern diese Krise nur "verwalten und gestalten" will.

Statt grenzenloser Solidarität beten einige Gewerkschaftsführungen die Losungen der Unternehmerverbände nach: Standortkonkurrenz sei nun mal in der Marktwirtschaft unvermeidlich. Damit leisten sie mit solchem Gerede einer weiteren Unterhöhnung von solidarischem Bewusstsein an der Gewerkschaftsbasis Vorschub. An die Verbreitung des Konkurrenzdenkens zur „Sicherung des Standortes Deutschland“ können rechtspopulistische und faschistische Kräfte nahtlos anknüpfen. Sie übertragen das Konkurrenzdenken in rassistische Kategorien – letztlich in die Logik „alle gegen alle“.

Keine der etablierten Parteien gibt eine grundsätzliche Antwort darauf, wie diese sozialen Fragen angegangen werden können wie z.B.:

- zu wenig Arbeitsplätze, mit denen ein Existenz sicheres Leben möglich ist
- zu wenig bezahlbarer Wohnraum
- zu wenig Rente gerade für Frauen, die zumeist ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen mussten
- ständige Schikanierung und Sanktionierung der Hartz IV-EmpfängerInnen
- zu wenig Kitas, ohne die viele Frauen keinem Vollzeitjob nachgehen können
- zu wenig Geld, um Schulen und Jugend(freizeit-)einrichtungen zu sanieren
- kaum Geld für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Das Geld da holen, wo es ist

Es ist an der Zeit, dass wir GewerkschafterInnen uns dem zunehmenden Rassismus in der Gesellschaft und vor allem in den Betrieben entgegenstellen. Die Zunahme von Konkurrenzdenken statt Solidarität – eine Spaltung der Gesellschaft und der Beschäftigten – hilft nur den Unternehmern und der Regierung: Schon kommen die Unternehmerverbände mit der Forderung daher, den lang erstrittenen Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen. Damit unterhöhlen sie den gerade erst durchgesetzten – sowieso schon zu niedrigen – Mindestlohn und setzen damit auch ganz gezielt die anderen Löhne unter Druck.

Das können wir aktiven GewerkschafterInnen nicht zulassen. Die Unternehmer und die Regierung setzen bewusst auf die Spaltung von Inländern und Flüchtlingen, um damit ihre Lohndrückerei besser durchsetzen zu können.

Es ist genügend Geld da für die sozialen und ökonomischen Probleme und für die menschenwürdige Versorgung und Integration der Geflüchteten durch:

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (20 Mrd. €)
- eine gerechte Erbschaftssteuer (6 Mrd. €) und
- eine Steuererhöhung der Unternehmensgewinne von 15 auf 25% (16,4 Mrd. €). Insgesamt wären das mehr als 42 Milliarden € jährlich.



Es ist möglich, Flüchtlinge und Inländer auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren durch

- die Einführung eines Mindestlohns von mindestens 12 € für alle. Kein Flüchtling darf unter dem Mindestlohn eingestellt werden.
- die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Aus all diesen Gründen schlagen wir vor:

- dass die Gewerkschaften eine Aufklärungskampagne in der Öffentlichkeit und in den Betrieben und Büros über die wahren (neo-liberalen!) Ziele von AfD und Pegida durchführen, ohne die Kritik an der Politik der etablierten Parteien außen vor zu lassen. Diese wollen schließlich mit dem Asylverschärfungsgesetz de facto die Grenzen schließen und das Recht auf Asyl weitestgehend abschaffen.
- Für diese Aufklärungskampagne sollten Vertrauensleute-Sitzungen und Betriebsversammlungen genutzt werden.
- Gekrönt werden muss dies mit einem bundesweiten gewerkschaftlichen Aktionstag an einem gemeinsamen Termin.

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinker

Den Gewerkschafteraufruf gibt es unter:

www.labournet.de

- > Politik
- > Gewerkschaften
- > Zielgruppen
- > **GewerkschafterInnenaufruf für eine Kampagne in den Betrieben und für einen bundesweiten Aktionstag gegen Rassismus und Verschärfung des Asylrechts**

Frankreich: Protestwelle gegen Arbeitsrechtsreform

Seit einigen Wochen entwickelt sich in Frankreich eine kämpferische Bewegung gegen eine Reform, die den Handlungsspielraum der Unternehmen beträchtlich erweitern soll, zulasten der abhängig Beschäftigten. Worum geht es?

Im Entwurf für ein neues Arbeitsgesetz hat Arbeitsministerin El Khomri eine ganze Reihe von Schutzbestimmungen einfach gestrichen, so dass die Unternehmensleitung künftig die Belegschaft erpressen kann: Es soll „Abstimmungen“ geben können, mit denen die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Regelungen zu Arbeitszeit und Lohnhöhe ausgesetzt werden können (das „Pforzheimer Abkommen“ lässt grüßen). Damit wäre es dann bei Smart beispielsweise möglich, die Arbeitszeit auf 39 Stunden zu erhöhen und nur 37 Stunden zu bezahlen. Anderweitig könnte die Sonntagsarbeit eingeführt werden usw.

Die 35-Stundenwoche stünde dann bald nur noch auf dem Papier und ein „Ausgleich“ würde nur betrieblich geregelt. Bei sinkenden Profiten (hier umschrieben mit „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“) soll es den Betrieben ermöglicht werden, die Arbeitszeit zu erhöhen und die Stundenlöhne abzusenken. GewerkschafterInnen fassen das so zusammen: Die KollegInnen sollen dann mehr arbeiten, um weniger zu verdienen, vom Anstieg der Massenerwerbslosigkeit, die daraus resultiert, ganz zu schweigen.

Auch Entlassungen sollen erleichtert werden, indem nicht mehr zuvor alle Möglichkeiten innerbetrieblicher Umsetzungen ausgeschöpft werden müssen und indem Abfindungen bei „missbräuchlichen“ Entlassungen gesenkt werden oder arbeitsrechtliches Vorgehen gegen das Unternehmen erschwert wird. Künftig soll nicht mehr die bisher bestehende Formulierung im Arbeitsrecht gelten, wonach der unbefristete Vertrag „grundsätzlich der Normalfall eines Arbeitsverhältnisses“ ist. Die Schutzklausel, dass eine Ausnahme nur bei vorübergehenden betrieblichen Erfordernissen zulässig ist, soll wegfallen.

Jugend voran

Die Gewerkschaftsverbände waren zwar nicht wenig schockiert, aber eine Protestbewegung haben sie nicht gestartet. Diese ging vielmehr von der Jugend aus, und zwar vor allem von GymnasiastInnen, zum Teil auch von Studierenden. Sie hatten nicht nur über soziale Netzwerke innerhalb von 20 Tagen über eine Million UnterstützerInnen für eine Protestbewegung zusammen. Sie haben mit ihren vielfältigen Demonstrationen und Blockaden die Gewerkschaften überhaupt erst zu den Streiks bewegt.

Am 9. März (ein Mittwoch) demonstrierten dann 450.000 Menschen in 170 Städten, am 31. März (ein Donnerstag) waren es schon über eine Million in 260 Städten, und das bei strömendem Regen. Am 17. und 24. März gingen noch mal Zehntausende auf die Straße, in dem Fall hauptsächlich GymnasiastInnen. Und: Es wurde nicht einfach nur demonstriert: Allein am 9. März waren 120 Schulen blockiert, am 31. März dann 250 Schulen.

Heute ist die Bewegung schon stärker als 2010, als es nicht gelang, die Rentenreform zu verhindern. Aber sie ist noch nicht so stark wie 2006, als es gelang, mit einer sehr breiten Bewegung die Arbeitsmarktreform zu stoppen (mit den CPE sollten junge Menschen bei Einstellungen Arbeitsverträge mit schlechteren Bedingungen bekommen).

Der große Unterschied

zu den Protesten der Jahre 2006 und 2010 liegt (neben den schlechteren ökonomischen Bedingungen, also höherer Erwerbslosigkeit heute) vor allem darin, dass es damals

gegen Regierungen der Rechten ging. Heute geht es gegen eine „sozialistische Regierung“, was die Gewerkschaftsführungen eher lähmt. So haben ein paar unbedeutende Zugeständnisse die Gewerkschaftsverbände CFDT, CGC und CFTC dazu bewegt, nicht weiter zu mobilisieren. Und die anderen Verbände begründen ihre eher gebremste Mobilisierungsbereitschaft damit, dass eine Niederlage der Regierung nur dem Front National nutze.

Wichtiger jedoch: CGT, FO und FSU (weniger Solidaires) fürchten mit einem entschiedeneren Kampf gegen das Arbeitsgesetz in eine grundsätzliche Auseinandersetzung um die Austeritätspolitik reingezogen zu werden, und das gegen eine „Linksregierung“. Das erscheint ihnen eine Nummer zu groß oder auch zu „riskant“. Es könnte ja die Systemfrage auf den Tisch kommen!



Aufrecht durch die Nacht

Genau diese Frage wird heute zunehmend von den mobilisierten jungen Menschen diskutiert. Seit Ende März wird – ausgehend von einer nächtlichen Diskussion auf der „Place de la République“, Paris – an vielen Stellen intensiv debattiert, und zwar nächtens! Es geht inzwischen um viel mehr Themen als „nur“ um das Arbeitsgesetz.

Inzwischen (14. April) lässt die Regierung erste Schwächezeichen erkennen: Sie bietet längere Stipendien an, aber das reicht den Protestierenden schon längst nicht mehr. Die Demos vom 14. April zeigen die ungebrochene Dynamik der Bewegung.

Der nächste landesweite Aktionstag ist am 29. April (nach Redaktionsschluss). Eine Reihe von Gewerkschaftsgliederungen versucht inzwischen, eine Bewegung dafür aufzubauen, dass es nicht bei eintägigen Aktionen bleibt. Danach sollen Streiks ausgerufen werden, die nicht von vornherein befristet sind. So oder so: Der Mai wird ein spannender Monat.

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht – Wiesbaden

Weitere Infos im Labournet unter:

- Internationales
- Frankreich
- Politik
- Widerstand gegen das neue Arbeitsgesetz 2016

Europäischer Aktionstag Internationale Gegenwehr bei General Electric

In den letzten Wochen kam es zu weiteren Protestaktionen gegen den Kahlschlag bei General Electric (GE) in Europa. Am 8. April 2016 fand auf Initiative des Gewerkschaftsverbandes industriAll ein europaweiter Aktionstag statt. Laut industriAll beteiligten sich an der zentralen Kundgebung in Paris über 3.000 Kolleginnen und Kollegen aus Europa.



Gleichzeitig fanden an 40 lokalen GE-Standorten in Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien und in Tschechien weitere Protestaktionen bis hin zu 24-stündigen Streiks statt.

Alleine aus Deutschland waren laut IG Metall über 1.200 Beschäftigte, darunter rund 700 KollegInnen aus Mannheim, nach Paris gereist. Sie brachten dort ihre Empörung über die geplanten Schließungs- und Abbaumaßnahmen lautstark zum Ausdruck.



Auf der Kundgebung in der französischen Hauptstadt verurteilten allen Redner der Gewerkschaften und des Europäischen Betriebsrats die Kahlschlagpläne von GE auf das schärfste. Sie kündigten weiteren massiven Widerstand gegen das radikale „Restrukturierungsvorhaben“ an. Nach

der Kundgebung fand ein Protestmarsch auf dem Place de la Défense zum ALSTOM/GE-Bürohochhaus statt. Dort waren massive Absperrungen durch die berüchtigte französische Bereitschaftspolizei CRS aufgebaut worden.

Eine Delegation von Beschäftigten-Vertretungen und Gewerkschaften übergab dem GE-Management eine Erklärung mit folgenden vier Hauptforderungen:

„1. Ausarbeitung einer vernünftigen industriellen Strategie bei GE für Europa

2. Strategische und langfristige Zukunftsplanung für die GE-Beschäftigten

3. Verpflichtung zu einem 'echten' sozialen Dialog mit den Arbeitnehmervertretungen

4. Aussetzung des drastischen Restrukturierungs- und Personalabbauplanes“.

Appelle an die „Vernunft“ von GE und die Forderung nach einem „echten“ sozialen Dialog“ klingen allerdings ebenso realitätsfremd wie die Hoffnung auf die Förderung der Rechte der arbeitenden Klasse durch den Kapitalismus.

In Wirklichkeit gibt es jetzt nur eine Chance: Von Protestaktionen zum gemeinsamen Widerstand überzugehen. Demos und Kundgebungen sind gut, aber sie reichen nicht aus gegen die Brutalität und Radikalität eines Konzerns wie GE. Die Streiks in Spanien und Frankreich sind deshalb starke Signale.

Weitere Infos unter:

<http://www.resistance-online.net/>

Die Würde des Menschen ist sanktionsfrei

Sechs Millionen Menschen leben in Deutschland von Hartz IV - darunter 1,7 Millionen Kinder. Was viele nicht wissen: Die Jobcenter verhängen Sanktionen gegen Menschen, die sich auf die Hilfe des Staates verlassen müssen. Sie kürzen damit die monatlichen Leistungen unter das Existenzminimum. **Sanktionsfrei wird diese Praxis beenden.**

Wir wollen die Zahl der erfolgreichen Widersprüche und Klagen massiv erhöhen. Um das zu erreichen, wollen wir eine Internetplattform schaffen, mit der wir Betroffene schnell, kompetent und kostenfrei unterstützen. In Zusammenarbeit mit einem Netzwerk aus AnwältInnen wollen wir Menschen ermutigen, sich gegen die Willkür der Jobcenter zur Wehr zu setzen. Außerdem richten wir einen Solidarfonds ein, mit dem verhängte Sanktionen finanziell ausgeglichen werden sollen.

Eine deutliche Steigerung der Verfahren würde, davon sind die Initiatoren des Projekts Inge Hannemann und Michael Bohmeyer überzeugt, für Jobcenter einen Verwaltungsaufwand bedeuten, den sie nicht leisten könnten. Würden, statt wie bisher nur 5%, mindestens 10% der betroffenen Personen den Sanktionen widersprechen, könne dies das System zum Erliegen bringen. Letztlich wollen wir damit die Sanktionen abschaffen und das Hartz IV-System in eine sanktionsfreie Mindestsicherung umgestalten.

Weitere Infos unter: <https://sanktionsfrei.de/>

Der massive Streik der indischen Textilarbeiterinnen war erfolgreich

Die indische Bundesregierung hat ihren Entwurf zur Veränderung der Rentenversicherung zurück ziehen müssen: Der massive Kampf der Textilarbeiterinnen, vor allem – aber nicht nur – in Bangalore (Bengaluru), der die drittgrößte Stadt Indiens trotz brutaler Polizeirepression tagelang zum faktischen Stillstand gebracht hatte, zwang sie dazu. Bemerkenswert ist: es ist bereits der zweite erfolgreiche Frauenstreik nach dem Kampf der Erntearbeiterinnen auf den Teeplantagen vor Kurzem.

Weitere Infos unter: www.labournet.de

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss:

26. April 2016